

Protokoll der Sitzung des JHA vom 07. Februar 2019

Zeit: 15:30 Uhr – 17:50 Uhr

Ort: Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport - Sitzungsraum

Teilnehmer/-innen und Gäste:

s. Anwesenheitsliste

Vorsitz: Herr Barde

Protokoll: Herr Möller

Bremen, den 14.03.2019

TOP 0: Wahl neuer beratender Mitglieder in den JHA

Die seitens der Heimkonferenz vorgeschlagenen neuen beratenden Mitglieder Frau Kley und Herr Stapke werden einstimmig gewählt.

Die Wahl, der seitens der ZEV vorgeschlagenen neuen beratenden Mitglieder wird im Umlaufverfahren erfolgen, da die Vorschläge namentlich in der heutigen Sitzung nicht vorliegen.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die aktualisierte Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 2: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

keine

TOP 3: Protokoll der Sitzung vom 22.11.2018

Das Protokoll wird genehmigt.

TOP 4: Teilhabe an Bildung für Kinder und Jugendliche mit einer (drohenden) seelischen Behinderung - Sozialleistungsrechtliche Zuständigkeit nach § 75 Absatz 1 und 2 Ziffer 1 SGB IX i.V. mit § 54 Abs. 1 Nr. 1 SGB XII und § 35 a SGB VIII

Frau Hellbach führt in die Vorlage ein und bestätigt auf Nachfrage, auch in diesem Bereich sei der Fachkräftemangel ein Problem. Sie ergänzt ferner, Rechts- und Verfahrensfragen seien durch das BTHG eindeutig geregelt und es gelte nun im Jugendamt eine neue Verwaltungseinheit aufzubauen und personelle Ergänzungen im Bereich des ASD Junge Menschen vorzunehmen. Auf weitere Nachfrage teilt Frau Frank mit, Träger, die in diesem Segment tätig werden wollten, seien aufgefordert, sich in der Fachabteilung des Ressorts zu melden. Die weiteren Fragestellungen würden in der AG gem. § 78 SGB VIII behandelt, die weitere Entwicklung durch die Staatsräte AG Sozialleistungen betrachtet und seitens der Verwaltung werde eine weitere Berichterstattung am Ende des Jahres 2019 angestrebt. Herr Diener teilt mit, die Ausschreibungen für die personelle Ausstattung der neu im Jugendamt aufzubauenden Verwaltungseinheit sowie den Personalaufbau im ASD Junge Menschen seien bereits erfolgt.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Ahrens, Frau Hellbach, Frau Frank, Herr Diener

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Entscheidung des Senats zur ganzheitlichen Festlegung der sozialleistungsrechtlichen Zuständigkeit für Leistungen zur Teilhabe an Bildung für Schülerinnen und Schüler mit Assistenzbedarfen nach § 35a SGB VIII mit Wirkung zum Schuljahr 2019/2020 beim Jugendamt zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 5: Bedarfsgerechte Kriseninterventionsplätze für Kinder und Jugendliche sicherstellen! Weiterentwicklung der Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie

Frau Hellbach führt in die Vorlage ein und verweist auf den entsprechenden Senatsauftrag im Rahmen des Gesamtkonzepts. Sie hebt die gute Kooperation mit dem Gesundheitsressort und der GENO hervor. Auf entsprechenden Hinweis auf die Befassung in der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration wird seitens der Verwaltung zugesichert, die Antworten auf dort gestellte Fragen mit diesem Protokoll zu versenden.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Leonidakis, Frau Hellbach

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den vom Senat und den städtischen Fachdeputationen für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie für Soziales, Jugend und Integration beschlossenen Umsetzungsauftrag zum Aus- und Umbau der geschützten Plätze in der Kinder- und Jugendpsychiatrie zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 6: Angebote für Kinder in Gröpelingen absichern

Herr Lenhart händigt Auszüge aus dem Rahmenkonzept OJA aus, schildert die Entwicklung der Förderung im Rahmen von OJA im Stadtteil Gröpelingen und erläutert die Entwicklung der Mittel für die stadtteilbezogene offene Jugendarbeit in der Legislaturperiode 2015 bis 2019 unter Skizzierung der Verfahren zur Verteilung und Vergabe dieser Mittel.

Frau Leonidakis erläutert ihren Antrag und Beschlussvorschlag, setzt die entsprechenden Regelungen zum Verfahren als bekannt voraus und betont, dass sich der Antrag nicht auf OJA, sondern auf eine anderweitige Absicherung der in Rede stehenden Angebote für Kinder beziehe. Frau Wulf vom Beirat Gröpelingen schildert den Gang des bisherigen Verfahrens und teilt mit, der CA habe zum Zeitpunkt seiner Entscheidung nicht über ausreichende Informationen verfügt.

Frau Frank stellt fest, der Antrag stehe in unmittelbarem Zusammenhang mit OJA, weil es sich um ein Angebot handele, für das im CA Gröpelingen Mittel beantragt und in der Vergangenheit auch gewährt wurden. Auch die CA in anderen Stadtteilen könnten nicht alle beantragten Vorhaben finanzieren, und seitens der Verwaltung sind alle Träger gleich zu behandeln. Bei den Regelungen im Rahmenkonzept OJA bezogen auf die unter 12jährige handele sich um eine Soll-Bestimmung, d.h. bei festgestelltem Bedarf können diese gefördert werden, wie in einem auch dem JHA zugeleiteten Schreiben an die CA klargestellt wurde. Kleinräumige Jugendhilfeplanung bedeute nicht, dass jeder Antrag auch bewilligt werden muss – vielmehr hätten fachliche Umsteuerungen und eine Veränderung von Angeboten und deren Struktur bedarfsgerecht zu erfolgen. Bezogen auf die in Zuwendungen zu übertragenden Personalausgaben (Ausscheiden ehemals an freie Träger überlassenen Personals) sei der Informationsfluss problematisch gewesen.

Im Verlauf der weiteren Erörterung wird seitens der Vertreter*innen der Fraktionen von SPD, B90/Grüne und CDU die missliche Situation bezogen auf die Angebote für Kinder im Stadtteil durchaus gewürdigt, andererseits aber festgestellt, dass dem CA im Rahmenkonzept und in der Richtlinie die Kompetenz zugebilligt wurde, so zu entscheiden. Der JHA könne daher nicht in die Verteilungssystematik eingreifen, ohne die vereinbarten Regularien zu konterkarieren. Insofern könne der Beschlussvorschlag nicht mitgetragen werden. Gleichzeitig wird an die Verwaltung appelliert, zu prüfen, ob die Angebote auf andere Weise abgesichert werden können. Herr Goldschmidt kündigt Ablehnung zu 1. des Beschlussvorschlages wegen drohender Sprengung des Gesamtsystems an, aber Zustimmung zu 2. Zur Berücksichtigung unter 12jähriger schlägt Frau Frank vor, die AG gem. § 78 SGB VIII um Bewertung zu bitten – Impulse für die Weiterentwicklung von OJA sollten zunächst hier bearbeitet und dann im JHA vorgestellt werden.

Nachdem eine Verständigung über eine geänderte Formulierung zu 1. des Beschlussantrags der Vorlage nicht erzielt werden konnte, kamen zu 1. zwei Vorschläge zur Abstimmung.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Leonidakis, Frau Wulff, Frau Frank, Herr Möhle, Frau Thoben-Bergmann, Herr Dr. Güldner, Frau Ahrens, Herr Diener, Herr Niehoff, Frau P. Krümpfer, Herr Goldschmidt, Herr Tuncel, Herr Barde,

Zunächst wird über folgende Formulierung als weitestgehendem Beschlussantrag abgestimmt (ursprüngliche Formulierung in der Vorlage):

1. Der JHA erachtet die vollständige Absicherung der infrage stehenden Angebote insbesondere vor dem Hintergrund der sozialen Lage der Kinder im Stadtteil für unabdingbar. Eine Angebotsreduzierung ist zu vermeiden. Die Sozialsenatorin wird daher gebeten, die nun unterfinanzierten Angebote kurzfristig abzusichern. Der JHA spricht sich dafür aus, dass die nicht erfolgten Zuweisungen durch den CA aus dem Ressorthaushalt kompensiert werden. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass der Produktgruppenhaushalt Jugend und Soziales laut Controllingbericht für 2018 hohe Minderausgaben ausweist, die für 2019 ebenfalls erwartet werden.

Die Abstimmung hat folgendes Ergebnis:

Dafür	1 Stimme
Dagegen	11 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

Sodann wird über einen Alternativvorschlag zu 1. mit folgendem Wortlaut abgestimmt:

2. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport wird gebeten, zu prüfen, ob die nun unterfinanzierten Angebote kurzfristig abgesichert werden können.

Die Abstimmung hat folgendes Ergebnis:

Dafür	8 Stimmen
Dagegen	0 Stimmen
Enthaltungen	4 Stimmen

Schließlich wird, da dazu keine Änderungsvorschläge vorlagen, über 2. des Beschlussantrags der Vorlage in der ursprünglichen Fassung mit folgendem Wortlaut abgestimmt:

3. Die Senatorin für Soziales wird gebeten, zu eruieren, ob auch in weiteren Stadtteilen Finanzierungslücken für Angebote, die sich an Grundschulkindern richten, auftreten könnten und ein Konzept für die mittelfristige Absicherung dieser Angebote, evtl. gemeinsam mit der Senatorin für Bildung zu erarbeiten und den beteiligten Gremien zur Beschlussfassung rechtzeitig vorzulegen.

Die Abstimmung hat folgendes Ergebnis:

Dafür	12 Stimmen
Dagegen	0 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

Abschließend wird zum Beschluss unter 3. verabredet, dass sich die Arbeitsgemeinschaft gem. § 78 SGB VIII mit dieser Thematik befassen und dem Jugendhilfeausschuss Bericht erstatten wird.

TOP 7: Berichte der Verwaltung:

keine

TOP 8: Verschiedenes

- Herr Schmitt schlägt vor, dem JHA einen Sachbericht zum Thema Jugendhilfe-Schule zu geben.
- Frau Ahrens bittet um einen Bericht über das Projekt „Bremer leben in Bremen“.
- Frau Frank informiert, das Projekt „BRISE“ könne auf weitere Ortsteile ausgeweitet werden.

für das Protokoll:

Arnd Möller